FIDEF

Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V.

Nr. 9 Oktober 1977 ZEITUNG DER FIDEF Einzelpreis DM 1.50



★ BRINGT UNSERE KINDER INS GYMNASIUM

★ OFFENER BRIEF DER FIDEF AN KSZE

★ Freundschafliche Beziehung BRD-Türkei?

I N H A L T

I m p r e s s u m

Herausgeber für die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD e.V. (FIDEF) :
Recep Genc

Verantwortlicher Redakteur :
Ercüment Toker

Redaktion :
Postfach 320 304, 4000 Düsseldorf 30 . Tel. (0211) 66 42 84

Bankverbindungen :
FIDEF Postscheckamt Essen, Konto- Nr. 1764 62 - 437
Bank für Gemeinwirtschaft Düsseldorf, Konto - Nr. 1 555 823 400

Erscheint monatlich - Jährliches Abonnement : DM 12,--

Haydar Dikme
Generalsekretär der FIDEF

KOMMENTAR

Freundschaftliche Beziehung BRD - TÜRKEI ?

Seit Jahren wirbelt das Wort "Vollbeschäftigung" durch die Bundesrepublik Deutschland. Trotzdem gibt es immernoch annähernd 1 Million Arbeitslose in diesem Lande. Eines der Schlagworte zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit war und ist die "Stabilisierung" und "Erweiterung"des Außenhandels der BRD.

Gemeint ist darunter Expantion des Exports, wie die folgenden Zahlen dies am Beispiel des Handels zwischen der BRD und der Türkei zeigen. Nach Angaben der Regierungsstellen basiert dieser Handel auf der "freundschaftlichen Beziehung" zwischen den beiden Ländern:

Jahr	Einfuhr aus der Türkei in die Bundesrepublik	Ausfuhr aus der Bundesrepublik in die Türkei	Überschuß zugunsten der BRD
1973	704,6	1.221,3	516,7
1974	807,0	1.827,5	1.020,5
1975	779,0	2.436,4	1.657,4
1976	907,6	2.685,4	1.777,8
Summe	3.198,2	8.170,6	4.972,4

Angaben in Mio DM
Die Zahlen der Ein- und Ausfuhr sind dem "Statistischen Jahresbuch" der Bundesrepublik Deutschland, Seite 248, entnommen.

Wie die Tabelle verdeutlicht, entwickelt sich der Handel zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Türkei immer stärker zu Ungunsten der Türkei. Die BRD hat innerhalb von 4 Jahren nach dem Anwerbestop einen Handelsüberschuß von fast 5 Milliarde DM erzielt.

Das Außenhandelsdefizit der Türkei zur EG ist in den letzten 7 Monaten d.J. im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 30,6 % auf 1,41 Milliarde Dollar gestiegen. Der Export der Türkei, assoziiertes Mitglied der EG, ist in den vergangenen 9 Monaten im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 21 % zurückgegangen. (1)

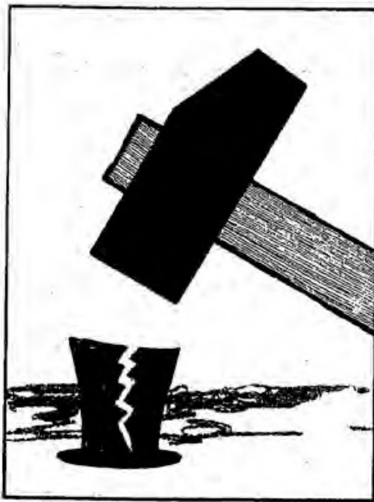
Resümieren wir den Sachverhalt: Im Außenhandel der Türkei nimmt die Bundesrepublik mit ca. 28 %, sogar vor den USA, den ersten Platz ein. Einerseits steigt der Export der BRD in die Türkei permanent, andererseits geht die Ausfuhr der Türkei im allgemeinen stetig zurück. Exporte der Bundesrepublik Deutschland haben in den letzten Jahren erheblich zum Ruin der nationalen Industrie der Türkei beigetragen; weitere Folgen: Inflation, Preissteigerungen, starke Lohneinbußen der Arbeiter (25 %) und schließlich eine Arbeitslosenarmee die über 3 Millionen zählt, die aufgrunddessen ihr trockenes Brot nach dem Prinzip "Koste es, was es wolle" im Ausland sucht.

Hat die Bundesrepublik somit die "Vollbeschäftigung erreicht? Wie wirkt sich die freundschaftliche Beziehung der BRD zur Türkei hinsichtlich der Vollbeschäftigung in der Türkei aus?

Die Besserwisser könnten die Antwort parat haben; wohl ein Teufelskreis. Es kommt aber nicht nur darauf an, den Teufelskreis zu entdecken, sondern mehr den Teufel selbst bei frischer Tat zu ertappen.

(1) Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes der Türkei

METALLER-STREIK IN DER TÜRKEI



Wie bekannt, streiken die türkischen Metallarbeiter seit 5 Monaten für ihre berechtigten Forderungen gegen den Arbeitgeberverband der Metallindustrie (MESS). Statt sich zu Verhandlungen an den Tisch zu setzen, versucht der MESS die Situation noch zu verschärfen. In weiteren 19 Betrieben wurde die Aussperrung verhängt mit der Ankündigung, in weiteren Betrieben das Gleiche zu tun. MESS will keine Forderungen der Metallarbeiter anerkennen. Gegen dieses verfassungswidrige Vorgehen protestierten 104 demokratische Massenorganisationen, die sich mit den Metallern solidarisch erklärten.



STAATLICHE BETRIEBE ZAHLEN AN MESS MILLIONEN ALS MITGLIEDSBEITRÄGE

Staatliche Industriegesellschaften, wie die Maschinen und Chemie-Industrie MKE, NETAS (43 % des Grundkapitals gehört der türkischen Bundespost PTT), CINKUR (49 % des Grundkapitals gehören der staatlichen Bank ETIBANK), TOFAS (25 % des Grundkapitals gehören der staatlichen MKE), Mannesmann Röhrenwerk (ein Teil des Grundkapitals gehört der staatlichen Bank SÜMERBANK), zahlen an MESS Monatsbeiträge in Millionenhöhe und unterstützen somit das verfassungswiedrige Verhalten des MESS gegenüber den streikenden Metallarbeitern. Allein MKE zahlt eine Million Türkische Lire als monatlichen Mitgliedsbeitrag an MESS.

ARBEITGEBERVERBAND UNTERSTÜTZT MESS

Der Arbeitgeberverband der Türkei hat auf einer Sitzung in Cesme/Izmir beschlossen, den Arbeitgeberverband der Metallindustrie MESS, in seinem ungerechtem Kampf gegen die Metallarbeiter zu unterstützen. Dieser Beschluß zeigt, wie einheitlich - wenn es darauf ankommt - die Kapitalisten gegen die Arbeiter, die für ihre berechtigten Forderungen bewußt und unter großen Opfern eintreten, zu kämpfen wissen.

ÜBT SOLIDARITÄT

ABONNIERT DIE ZEITUNG DER FIDEF

BRINGT UNSERE KINDER INS GYMNASIUM



Ungefähr 350.000 türkische Kinder und Jugendliche leben heute in der Bundesrepublik, Obwohl sich ca. 190.000 davon im schulpflichtigen Alter befinden, besuchen nur ca. 125.000 die Schule. Sie befinden sich zum größten Teil in Grund- und Hauptschulen. Die übergroße Mehrzahl von ihnen haben unter den heutigen Bedingungen keine Chance auf einen Hauptschulabschluß: selbst nach offiziellen Schätzungen erreichen ca. 60 % aller Ausländerkinder dieses Ziel nicht.

Der Berufschulbesuch liegt bei ca. 15 %. Einen Lehrabschluß erreicht nur 1 %. Ähnlich sieht es auch auf den höheren Schulen aus. Im Schuljahr 1974/1975, für das jetzt genaue Zahlen vorliegen, besuchten von insgesamt 104.616 türkischen Schülern nur 1.827 ein Gymnasium und 1.719 eine Realschule. Das sind zusammengenommen nicht ganz 3,4 % - aber selbst diese Zahl täuscht noch, denn es handelt sich hier meist um die Kinder von Ärzten, Lehrern, Konsulatsbeamten etc., und nur in ganz geringem Ausmaß um Arbeiterkinder. Zum Vergleich: ca. 30 % der deutschen Schüler besucht eine höhere Schule - und auch hier klagt man über den zu niedrigen Anteil an Arbeiterkindern.

Angesichts der allgemeinen Schulmisere der türkischen Kinder mag die Forderung, mehr türkische Arbeiterkinder in die Gymnasien zu bringen, nebensächlich oder gar vermessen erscheinen. Tatsächlich hören wir immer wieder den Ratschlag: "Sorgt doch erstmal dafür, daß alle, die zur Schule kommen, wenigstens den Hauptschulabschluß erreichen." Ein solcher Vorschlag mag einleuchtend klingen desorientiert er aber, weil er zu niedrig greift. Unsere Minimalforderungen sind:

- Durchsetzung der Schulpflicht auch für unsere Kinder
- Schaffung solcher Bedingungen, die es absichern, daß unsere Kinder die hier üblichen Abschlüße in gleichen Maße erreichen, wie die deutschen Kinder.

Dies sind Minimalforderungen, mit deren Durchsetzung allein wir uns nicht zufrieden geben. Denn auch die deutschen Arbeiterkinder haben keinen Grund, mit ihrer Bildungssituation zufrieden zu sein. Auch von ihnen schafft z.B. ein Teil den Hauptschulabschluß nicht - und auch der Hauptschulabschluß bedeutet heute nicht mehr viel, denn er garantiert nicht den Zugang zu einer qualifizierenden Berufsausbildung. Deshalb kann die Angleichung an die Situation der deutschen Schüler nur unsere Minimalforderung sein. Ansonsten gelten für unsere Kinder die gleichen Forderungen, wie sie auch von der deutschen Arbeiterjugend gestellt werden.

Der Vorschlag, so vorzugehen, daß man zunächst allen türkischen Schülern den Hauptschulabschluß sichert und sich erst dann darum kümmert, türkische Arbeiterkinder in höhere Schulen zu bringen, zeigt - wo er ernst gemeint ist - ein erhebliches Maß an Weltfremdheit. Es gibt

auch unter unseren Kindern ein erhebliches Leistungsgefälle, das in unterschiedlichen Verhältnissen in Stadt und Dorf, unterschiedlichem Bildungsstand der Eltern, unterschiedlicher Schulgeschichte der Kinder und vielen anderen Bedingungen verwurzelt ist und sich nicht von einem Tag auf den anderen aus der Welt schaffen läßt. Zur Zeit schaffen die besten Schüler unter unseren Kindern gerade eben den Hauptschulabschluß.

Worauf man abzielen kann und muß ist: die gesamte Situation so zu verbessern, daß diese Kinder auf die höheren Schulen kommen und alle anderen wenigstens den Hauptschulabschluß schaffen. Wenn man nicht so vorgeht, bekommen die Spitzenschüler unter unseren Kindern eine Alibifunktion für die Kultusbehörden und für viele Lehrer: Daß sie den Hauptschulabschluß schaffen, wird als Beweis dafür genommen, daß auch ein Türkenkind "bei uns" seine Chance hat, wenn es nur will. Mit einer solchen Betrachtungsweise wird von dem Skandal abgelenkt, der darin besteht, daß die deutschen Behörden uns zwar als billige Arbeitskraft für die Konzerne importiert haben, aber nicht bereit und in der Lage sind, unseren Kindern eine auch nur einigermaßen menschenwürdige Ausbildung zu garantieren. Obwohl die zuständigen Stellen nichts getan haben, um den Schulerfolg unserer Kinder zu ermöglichen, wird die Schuld für den Mißerfolg uns und unseren Kindern in die Schuhe geschoben.

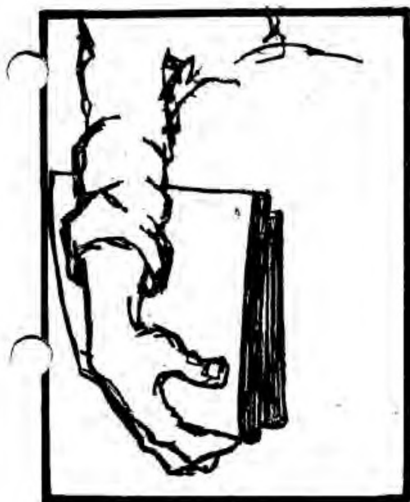
Man muß schließlich auch sehen daß die Frage, ob wir einen Teil unserer Kinder ins Gymnasium bringen oder nicht, eine wichtige Rolle für die Frage spielt, wie die deutsche Öffentlichkeit uns türkische Arbeiter und unsere Kinder einschätzt. Solange es scheinbar "Selbstverständlich" ist, daß sich unsere Kinder im günstigsten Fall mit dem niedrigsten Schulabschluß zufrieden geben müssen, bestärkt dies die verbreitete Meinung, daß wir Türken eben für die letzten Dreckarbeiten da sind, als erste gekündigt werden und zu gehen haben, wenn man uns nicht braucht.

Es bestärkt damit rassistische Vorurteile, denen wir immer wieder begegnen müssen und die ein einheitliches Handeln einheimischer und ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik behindern. Wenn wir darum kämpfen, daß ein beträchtlicher Teil auch unserer Kinder den Weg in die höheren Schulen findet, helfen wir damit zugleich, solche rassistischen Vorurteile zu brechen und aus der Welt zu schaffen.



Im übrigen möchten wir feststellen,, daß unsere Forderung nach Angleichung der Schulsituation unserer Kinder an die der deutschen Schüler auch im wohlverstandenen Interesse der deutschen Öffentlichkeit liegt. Es wird in der Bundesrepublik und in Westberlin auf lange Zeit einen beträchtlichen, und weiter anwachsenden, türkischen Bevölkerungsanteil geben. Wer unseren Kindern und Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung in einem Maße vorenthält, wie das heute geschieht, spielt mit dem Feuer.

So wird sozialer Sprengstoff angehäuft, der chauvinistische Haltungen auf beiden Seiten unkontrollierbar steigern muß und der auf die Dauer zu für alle Beteiligten sinnlosen sozialen Auseinandersetzungen führen muß. Wir können deshalb bei unseren berechtigten Forderungen mit der Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte der deutschen Bevölkerung rechnen, genauso wie wir auch bereit sind, die Forderungen der deutschen Arbeiterjugend nach besserer Bildung und Ausbildung mit voller Kraft zu unterstützen.



BUCHBESPRECHUNG

"Zur Sprachentwicklung türkischer Schüler in der Bundesrepublik"

von Meyer-Ingwersen, Neumann, Kummer

Zentrales Anliegen der Autoren ist es, Wege aufzuzeigen, wie eine gleichberechtigte Teilnahme der türkischen Arbeiterkinder an Bildung und Ausbildung in der Bundesrepublik Deutschland durchzusetzen ist und welche Probleme und Hindernisse dabei zu überwinden sind. Sie bleiben deshalb nicht - wie viele andere Arbeiten in d esem Bereich - bei der Feststellung einer mangelhaft entwickelten Zweisprachigkeit (Schlagwort "doppelte Halbsprachigkeit") stehen, sondern konzentrieren sich darauf, was getan werden müßte, um die Situation zu verbessern und wie es getan werden müßte.

Dementsprechend enthält das Buch neben umfangreichem Material zu den spezifischen Sprachschwierigkeiten türkischer Schüler in den Bereichen Rechtschreibung, Grammatik, Wortschatz, sehr wichtige Informationen zu Grundfragen der Zweitsprachvermittlung und ihrer Methodik (insbesondere zu Übungsformen). Die Autoren zeigen dabei eindrucksvoll, welcher Sprachbedarf für einen türkischen Schüler wirklich entsteht, wenn er am deutschsprachigen Unterricht der Regelklasse erfolgreich teilnehmen soll . Sie machen deutlich, wie wenig bisher dieser Sprachbedarf von den Verantwortlichen in der Schulprax s, der Kultusverwaltung und der Lehreraus- und -fortbildung reflektiert wird.

Hierdurch zeigen sie auf, daß das Versagen der Masse der türkischen Schüler in Wahrheit ein Versagen der Schulen ist und geben zugle ch Hilfestellungen, wo man in der Prax's anzusetzen hat, um die Situation zu verbessern.

Sinnvollerweise kann das Problem des Sprachbedarfs und der Sprachvermittlung nicht von den Bedingungen abgetrennt werden, unter denen die Sprachvermittlung stattfindet. Die Autoren berücksichtigen dies, indem sie einleitend einen Katalog der Fehler und Mängel zusammenstellen, mit denen die ausländischen Kinder und ihre Lehrer in der täglichen Schulpraxis konfrontiert sind. Dabei wird deutlich, wie die allgemeine Schulmisere überall dort, wo segregierte Ausländerklassen bestehen, fast automatisch zuungunsten dieser Klassen umverteilt wird.

In einem Schlußkapitel analysieren sie die gleichen Fragen auf der Ebene der Beschulungspolitik, wo sie vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus und im Interesse der Schüler, aber auch im Interesse der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland gegen die kultusministerielle Spar- und Segregationspolitik Stellung nehmen.

Umfangreiche zweisprachige Wort- und Satzlisten (Arbeitsanweisungen) am Ende des Buches sind eine wesentliche Hilfe für den deutschen Lehrer, der mit türkischen Kindern zu tun hat.

Ein Buch für jeden, der sich intensiv mit der Schulsituation türkischer Kinder in der Bundesrepublik beschäftigen will oder muß.

OFFENER BRIEF DER FIDEF AN KSZE

DVZ, Nr.42 20.Okt. 1977

Mit einem 9-Seiten-Dokument wandte sich der Dachverband der Türkischen Arbeitervereine in der Bundesrepublik, FIDEF, am 8. Oktober an die in Belgrad tagende Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der Verband sucht nach, die alltägliche Behandlungspraxis der Wanderarbeiter in der Bundesrepublik auf der Grundlage der diesbezüglichen im Juli 1975 in Helsinki getroffenen Vereinbarungen überprüfen zu lassen. In einem Beispielkatalog macht die FIDEF Bestandsaufnahme u. a. über die Lebensbereiche Zusammenarbeit Heimat- und Gastland, Gleichberechtigung und Wanderarbeiter mit den Bürgern der Gastländer, Behandlung im Fall der Arbeitslosigkeit.

Im Zusammenhang mit den Lebensbedingungen der Kinder, die zufolge Punkt IV der Helsinki-Schlußakte „unter den gleichen Bedingungen wie die Kinder des (Gast)Landes Zugang zum dort üblichen Unterricht haben" müssen und „darüber hinaus in ihrer eigenen Sprache, Kultur, Geschichte und Geographie unterrichtet werden" sollen, führt die FIDEF — gestützt auf eine Stellungnahme des Bundeskuratoriums zur Situation ausländischer Kinder und Jugendlicher in der BRD vom 24. 11. 1976 — aus:

● „Die Situation im schulischen Bereich nimmt immer katastrophalere Formen an. Dies belegen folgende Feststellungen: . . . Die Vorbereitungsklassen haben sich innerhalb des Bildungssystems zu isolierten, nationalen Zwergschulen entwickelt. Sie erfüllen ihre Aufgabe der Vorbereitung und Integration in die deutschen Klassen nicht . . .

● Die Chance, einen Hauptschulabschluß zu machen, ist für die ausländischen Kinder weit geringer als für deutsche. Im Bundesdurchschnitt erzielen 2/3 der ausländischen Kinder keinen Hauptschulabschluß."

● In der BRD leben ca. 900 000 Kinder ausländischer Eltern unter 16 Jahren. Über 1/3 davon, 350 000, sind türkische Kinder. Jede 6. Geburt ist die eines Ausländerkindes, in Köln z. B. jede 3. Eine ungeheuer große Zahl der schulpflichtigen Kinder ist nicht registriert worden. Über 80 Prozent der türkischen Kinder müssen ohne Abschluß die Hauptschule verlassen.

● „Die Deklassierung ausländischer Jugendlicher ist durch die Schule bereits vorprogrammiert . . ."

● 3,2 Prozent der in der Ausbildung stehenden Jugendlichen sind Ausländer. Diese geringe Zahl entspricht lediglich einem Drittel des Bevölkerungsanteils dieser Gruppe.

● 91,5 Prozent der ausländischen Jugendlichen unter 20 Jahren suchen eine Arbeitsstelle für ungelernte Tätigkeiten . . ."
Aufgrund dieser Tatsachen stellt Herr Dr. Wolfgang Bodenbender vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung in einem Referat „Zwischenbilanz der Ausländerpolitik" auf der Tagung der Süd-Europa-Gesellschaft in der Akademie Tutzing am 16. 11. 1976 fest, daß „die Masse der Ausländerkinder keine andere Lebensperspektive hat als die Hilfsarbeitertätigkeit".

Im Gegensatz zu Punkt V. der Helsinki-Schlußakte („soweit wie möglich die Vereinigung der Wanderarbeiter mit ihren Familien zu fördern") weiß die FIDEF über die Praxis der Familienzusammenführung zu berichten:

● „Jugendliche Ausländer sowie andere Familienangehörige aus Nicht-EG-Staaten erhalten, soweit sie nach dem 30. 11. 1974 in die Bundesrepublik eingereist sind, keine Arbeitserlaubnis mehr. Aufgrund der zahlreichen Proteste gegen diese Maßnahme sowie auf Vorschlag der Bund-Länder-Kommission wurde der Stichtag für die ausländischen Jugendlichen auf den 1. 1. 1977 verschoben, andere Familienangehörige erhalten weiterhin keine Arbeitserlaubnis.

● Da die Arbeitserlaubnis zur Begründung eines Ausbildungsverhältnisses erforderlich ist, wird den ausländischen Jugendlichen nicht nur der Weg zur Arbeitsaufnahme, sondern auch zur Ausbildung verschlossen.

● Nach Vorschlag der Bund-Länder-Kommission soll der abgeleitete Rechtsanspruch auf Erteilung der besonderen Arbeitserlaubnis für die nachgereisten Ehegatten beseitigt werden.

● Der Nachzug von Kindern des ausländischen Arbeiters kommt in Betracht, wenn sie das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Dies geschieht, obwohl nach griechischem Recht Kinder erst mit 21 Jahren volljährig werden. Weiterhin wird nicht berücksichtigt, daß in der Türkei ein anderer Familienbegriff herrscht als in der BRD und entsprechend ein größerer Kreis zum Familienverband gezählt wird.

● In den Vorschlägen der Bund-Länder-Kommission wird erwähnt, daß eine Familienzusammenführung nur solchen Ausländern zu gewähren wäre, die eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen. Das bedeutet, daß 93 Prozent der ausländischen Arbeitern der Familiennachzug verwehrt würde.

● Ein völliges Verbot der Familienzusammenführung ist nicht ausgeschlossen. So hat sich der Viezpräsident der Bundesanstalt für Arbeit, Helmut Minta, für einen Stopp der Familienzusammenführung ausgesprochen.

Zu dieser unerträglichen Situation der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien kommt hinzu, daß bestimmte Kreise in der Bundesrepublik Deutschland eine nationalistische und rassistische Hetze, Diffamierung und Vorurteile gegenüber Ausländern verbreiten. Reaktionäre politische Aktivitäten der Regierungen und Parteien der Herkunftsländer werden von der Bundesregierung geduldet. Dies trägt nicht gerade dazu bei, Verständnis und Freundschaft zwischen der einheimischen und ausländischen Bevölkerung zu fördern. So werden von der türkischen Regierung, der 2. Nationalistischen Front, Aktivitäten gefördert, die Unruhe unter den türkischen Arbeitern stiften. Gleichgesinnten Kreisen in der BRD ist die Unruhe unter den ausländischen Arbeitern ein willkommener Anlaß zu reaktionärer Polemik.

● Da trotz der Proteste seitens der Gewerkschaften, der Kirchen und anderer gesellschaftlicher Organisationen die Bundesregierung beabsichtigt, die Vorschläge der Bund-Länder-Kommission, die die Situation der ausländischen Arbeiter weiter erschweren, zum Gesetz erheben;

● da die Menschenrechte, die in den internationalen Verträgen festgelegt sind, auch die Rechte, die im Grundgesetz der Bundesrepublik niedergelegt sind, Geltung auch für die ausländische Bevölkerung haben müssen;

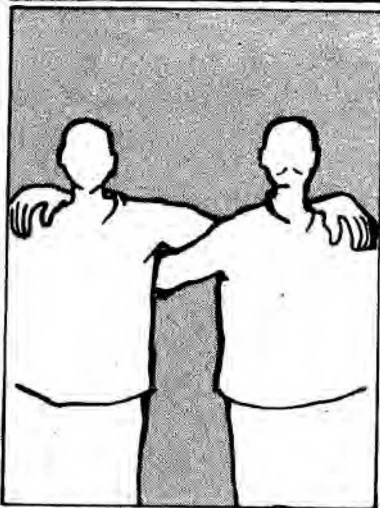
● da in den letzten Jahren trotz der obengenannten internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ein eindeutiger Trend zur Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der ausländischen Arbeiter festzustellen ist, und zwar durch Anwendung des antidemokratischen Ausländergesetzes, aber auch durch neue restriktive Maßnahmen;

● da die türkische Regierung keine Bemühungen hinsichtlich der Verbesserung der sozialen und rechtlichen Lebensbedingungen seiner Bürger in der Bundesrepublik unternimmt und den unwürdigen, bilateralen Abkommen hinsichtlich ihrer Bürger zustimmt,
wenden wir uns an die Unterzeichnerstaaten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa mit der Bitte, darauf einzuwirken, daß die in Helsinki vereinbarten Prinzipien über die Arbeits- und Lebensbedingungen für Wanderarbeiter auch in der Bundesrepublik Deutschland verwirklicht werden und daß die in diesen Vertrag gesetzten Hoffnungen von Millionen ausländischer Arbeiter und ihrer Familien auf ein menschenwürdiges Dasein nicht enttäuscht werden.

Die türkischen Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland fordern entschlossen, daß die Regierung der Bundesrepublik und der Türkischen Republik seitens der Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa dazu veranlaßt werden, ‚den Ergebnissen der Konferenz volle Wirksamkeit zu verleihen und Vorteile, die aus diesen Ergebnissen hervorgehen, zwischen ihren Staaten und in ganz Europa zu gewährleisten und dadurch den Prozeß der Entspannung zu erweitern, zu vertiefen und ihn fortschreitend und dauerhaft zu machen' (Schlußakte).

Die Bemühungen und konkreten Maßnahmen seitens der Bundesregierung und der Türkischen Republik zur Verbesserung der Lage der türkischen Arbeiter ist einer der Prüfsteine zur Glaubwürdigkeit dieser Regierungen."

SOLIDARITÄT DEUTSCHER UND AUSLÄNDISCHER ARBEITER



PARTEIEN NEHMEN STELLUNG

Am 8. und 9. Okt. 1977 fand in der Evangelischen Akademie - Haus der Begegnung - in Mülheim eine Tagung mit dem Thema: "Die Vorstellungen der Parteien zur Ausländerpolitik in der Bundesrepublik Deutschland" statt.

Die Referenten der CDU (Frau Dr. Erika Wolf), FDP (Herr Manfred Skutta) und SPD (Herr Hans Urbaniak MdB) nahmen in fast gleichem Sinne Stellung zu den Problemen der ausländischen Arbeiter.

Bei den Teilnehmern handelte es sich in der Mehrheit um ausländische Arbeiter, darunter Vertreter der FIDEF, sowie viele Vertreter von ausländischen Arbeiterorganisationen, um Sozialberater aus den Wohlfahrtsverbänden, um Mitglieder der Gewerkschaften und Parteien, kirchliche Mitarbeiter und Vertreter von Initiativgruppen für ausländische Arbeiter. Die Teilnehmer verfügen zum größten Teil über langjährige Erfahrungen in der oft sehr schwierigen Praxis der tatsächlichen Nöte ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik Deutschland.

Einstimmig wurde von den Tagungsteilnehmern der Leiter des Hauses gebeten, den Bundestagsfraktionen als wichtigstes Ergebnis der Gespräche folgende Bitte zu übermitteln:

"Wir möchten daher alle einschlägig befaßten Mitglieder der Fraktionen bitten, einen gemeinsamen Arbeitskreis für ausländerpolitische Fragen zu bilden, um endlich die Interessen der Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland so zu vertreten, wie es die Dringlichkeit dieses Problems erfordert.

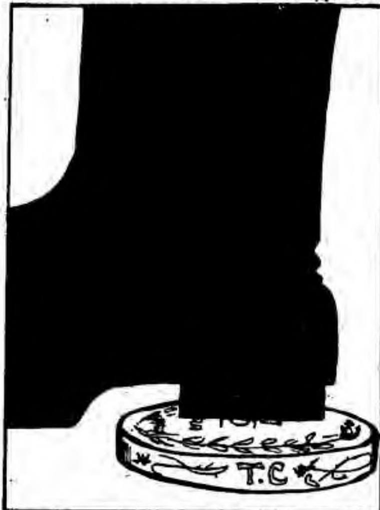
Wir würden es besonders begrüßen, wenn zu einem solchen Arbeitskreis auch Vertreter der Dachorganisationen der Ausländervereine in der Bundesrepublik Deutschland und des Düsseldorfer "Initiativkreises für die Reform des Ausländerrechts" hinzugezogen würden."

Obwohl, wie in dem Brief an die Fraktionen der Bundestagsparteien ausdrücklich vermerkt, "bei allen engagierten Vertretern der Parteien im wesentlichen Übereinstimmung darin festgestellt wurde, daß den Ausländern in der Bundesrepublik Deutschland die Möglichkeit gegeben werden muß, unter gleichen Lebensbedingungen zu leben wie ihre deutschen Mitbürger", ist die Politik der Bundestagsparteien an der realen Situation der ausländischen Arbeiter zu messen. Trotz alledem wurden u.a. die 4 Kernfragen der ausländischen Arbeiter zum Spott aller unbeantwortet gelassen:

- Die verfassungswidrige Koppelung von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis zu ungunsten der ausländischen Arbeiter
- Nichtbestrafung der Vermittler von illegalen Arbeitern und Duldung einer unerhörten Ausbeutung dieser Arbeiter seitens der Bundestagsparteien und der "Gesetzeshüter", z.B. bei 3.000 Türken in Stade, Nieders.
- Anerkennung des aktiven und passiven Wahlrechts auf kommunaler Ebene für ausländische Arbeiter
- Politische Unterdrückung und Diskriminierung der ausländischen Arbeiterorganisationen, die einen sozial/kulturellen Charakter haben (z.B. FIDEF).

TÜRKEI - NACHRICHTEN

Die Technische Universität des Nahen Ostens, ODTÜ in Ankara, ist wegen Terroranschlägen der faschistischen Truppen der nationalistischen Bewegungspartei MHP, seit 8 Monaten geschlossen. In der Vergangenheit wurden 81 Kommandos als "Arbeiter" in der Universität eingestellt. Die fortschrittlichen Lehrkräfte werden kalt gestellt oder entlassen und für sie werden unqualifizierte Kräfte eingesetzt, so daß ein normales Studium unmöglich geworden ist.



Nach den Angaben des Statistischen Bundesamtes der Türkei erhöhte sich das Außenhandelsdefizit zwischen der Türkei und der EG in den letzten 7 Monaten des Jahres 1977 im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahres um 30,6 % auf 1,41 Milliarde Dollar. Hierzu ist zu vermerken, daß die Türkei assoziiertes Mitglied der EG ist und die heutige Regierung ihre Befreiung in der EG sucht.

Nach Angaben des gleichen Instituts im September ist der Export der Türkei in den vergangenen 9 Monaten im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Vorjahrs um 21 % zurückgegangen und damit auf 1,192 Milliarde Dollar geschrumpft.

Die Löhne der Arbeiter in der Türkei gehen aufgrund der ständigen Inflation und Preissteigerungen zurück. Im Jahre 1977 mußten die Arbeiter real 25 % Lohneinbußen hinnehmen, da neben der Erhöhung der Löhne um nur 3 % eine Teuerung von 28 % in den letzten 9 Monaten des Jahres zu verzeichnen war.

AUS DEN MITGLIEDSVEREINEN



Türkischer Akademiker- und Künstlerverein e.V. Berlin (West)

Einer der Mitgliedsvereine der FIDEF ist der Türkische Akademiker- und Künstlerverein e.V. in Berlin (West). Er wurde im Jahre 1972 gegründet und umfaßt die wichtigsten türkischen Akademiker und Künstler, die zur Zeit in Berlin (West) arbeiten oder studieren.

Seine Arbeit besteht aus kulturellen, künstlerischen und folkloristischen Darbietungen. Der Verein unterhält auch eine Folkloregruppe. Inhalt seiner Tätigkeit ist das Betreiben der Arbeiterkultur; Kultur, Kunst und Folklore unter den türkischen Arbeitern sowie deutschen Mitbürgern zu verbreiten, somit eine solide Basis der Zusammenarbeit zwischen Türken und Deutschen zu schaffen.

In seiner Tätigkeit erzielt der Verein ständig große Erfolge. Seit einigen Jahren arbeitet er mit dem Kunstamt Kreuzberg zusammen. Die Ausstellung "Mehmet kam aus Anatolien" ist ein produktives Ergebnis dieser Zusammenarbeit. Zu dieser Ausstellung wurde ein Katalog herausgegeben, in dem u.a. 3 Künstler des Vereins mit ihren Arbeiten vorgestellt wurden. Die dritte Auflage des Katalogs ist bereits vergriffen.

1975 wurde das Konzert "Die betrübte Freiheit" wieder in Zusammenarbeit mit dem Kunstamt Kreuzberg in der Philharmonie Berlin aufgeführt.

Vom 11. - 21. November 1977 organisiert der Verein eine Veranstaltungsreihe zum 75. Geburtstag des großen türkischen Dichters Nazim Hikmet, dessen Programm wir im folgenden veröffentlichen:

'Leben / Einzeln und frei / wie ein Baum / Und brüderlich wie ein Wald / Das ist unsere Sehnsucht'. Dieser Satz stammt aus einem Gedicht von Nazim Hikmet, dem bedeutenden türkischen Lyriker, Dramatiker und Romancier, dessen 'Lebenslauf zugleich ein Panorama unseres Jahrhunderts ist.' Bei der türkischen Bevölkerung ist er sehr populär und er verdient auch hier die Anerkennung, die ihm in anderen Ländern längst zukommt.
Im eigenen Land verfolgt, insgesamt 17 Jahre im Gefängnis, jahrzehntelang ohne Veröffentlichungsmöglichkeit , wurden seine Werke außerhalb der Türkei in über 4o Sprachen übersetzt. In seinem politischen Engagement wie in seiner künstlerischen Arbeit steht er in einer Reihe mit Neruda, Brecht und Majakowski.

Neruda schrieb über ihn:' Mein Bruder, du hast für uns alle gesungen. Nun brauchen wir nicht mehr im Zweifel zu sein, was wir tun sollen. Nun wissen wir, wann wir anfangen müssen zu singen.' Und Aragon: ' Er hat uns allen eine große Lektion von der Aufrichtigkeit und Unabhängigkeit des Geistes gegeben. Die Größe des Menschen in ihm war nicht geringen als diejenige des Poeten.'



NAZIM HIKMET

VERANSTALTUNGEN

DES TÜRKISCHEN AKADEMIKER- UND KÜNSTLERVEREINS

Freitag, 11. November, 19 Uhr

Eröffnung der
AUSSTELLUNG
Nazim Hikmet
mit Arbeiten internationaler bildender Künstler und Fotografen zu Leben und Werk Nazim Hikmets.
In den Ausstellungsräumen des Kunstamtes Kreuzberg, Haus am Mariannenplatz 2
Verkehrsverbindungen:
U-Bahn Kottbusser Tor, Bus 28, 75, 29
Öffnungszeiten:

Mo, Do, Fr.	12 – 19	Uhr
Di	9 – 15	Uhr
Mi	12 – 22	Uhr
Sa, So	14 – 18	Uhr

Zur Ausstellung und zu den Veranstaltungen erscheint ein Katalog in deutsch und türkisch, der neben einer Dokumentation über Leben und Werk Nazim Hikmets auch Arbeiten bildender Künstler und Fotografen zeigt, die sich mit dem Werk Hikmets auseinandersetzen, außerdem ausgewählte Werkbeispiele, darunter das damit erstmals in deutscher Sprache veröffentlichte "Epos vom Scheich Bedreddin". Preis 10,- DM

Sonnabend, 12. November, 20 Uhr

Uraufführung
FILM
"1. Mai 77 in Istanbul"
im Yorckkino,
Yorckstr. 86, 1000 Berlin 61,
Verkehrsverbindungen:
U-Bahn Mehringdamm, Bus 19
Unkostenbeitrag 3,-DM

Sonntag, 13. November, 20 Uhr

Deutschsprachige
LESUNG
aus Werken Nazim Hikmets
Sprecher:
Michael Ben, Curt Bois, Renate Heuser,
Genco Erkal, Peggy Lukac, Otto Mechtlinger
Heidemarie Theobald, Otto Zonschitz.
Im Grips-Theater am Hansaplatz,
U-Bahn Hansaplatz, S-Bahn Bellevue
Einheitspreis 4,-DM

Montag, 14. November, 19 Uhr

Internationales
SYMPOSION
"Nazim Hikmet – Leben und Werk"
Teilnehmer:
Dschingis Aitmatow, Mehmet Aksoy, Annemarie Bostroem, Prof. Wilfrid Brands, Ataol Behramoglu, Asin Bezirci, Charles Dobzynski, Stefan Hermlin, Konstantin Simonow, Ibrahim Tataroglu, Paul Wiens u. a.
In der Akademie der Künste
Hanseatenweg, 1000 Berlin 21
U-Bahn Hansaplatz, S-Bahn Bellevue
Eintritt frei mit Karten
In Zusammenarbeit mit
der Evangelischen Akademie Berlin

Dienstag, 15. November, 20 Uhr

KONZERT
mit Liedern nach Texten von Nazim Hikmet u.a.
Mitwirkende:
Ruhi-Su, Türkischer Arbeiterchor,
Hanns Eisler Chor,
Ilse Scheer,
Sümerja
im Audi-Max der Technischen Universität
U'Bahn Ernst Reuter Platz, Bus 54, 55, 62, 86, 90, 23
Einheitspreis 6,-DM

Mittwoch, 16. November, 20.Uhr

KONZERT
Uraufführung des von Tahsin Incirci komponierten Poems "Epos vom Scheich Bedreddin" mit dem Orchester des Collegium Musicum und dem Türkischen Arbeiterchor sowie dem berühmten türkischen Volkssänger Ruhi Su.
Im großen Sendesall des SFB
Masurenallee, 1000 Berlin 19
U-Bahn Theodor Heuss Platz, Bus 92, 94, 66
Unkostenbeitrag 4,-DM

Freitag, 18. November, 20 Uhr

THEATER
Gastspiel des Theaters Genco Erkals
"Wie Kerem" von Nazim Hikmet
im Grips-Theater am Hansaplatz
U-Bahn Hansaplatz, S-Bahn Bellevue
Einheitspreis 4,-DM

Sonnabend, 19. November, 19 Uhr

THEATER
Genco Erkal
"Wie Kerem" von Nazim Hikmet
anschließend
FEST
mit dem Türkischen Arbeiterchor und der Türkischen Folkloregruppe. Es gibt türkische Spezialitäten.
im Studio I und in der Halle des Künsterhauses Bethanien,
Mariannenplatz 2, 1000 Berlin 36
Eintritt frei
U-Bahn Kottbusser Tor, Bus 28, 75, 29

Montag, 21. November, 19 Uhr

KONZERT
mit
Maria Faranturi und dem Mikis Theodorakis Orchester,
Ruhi Su
und dem türkischen Arbeiterchor
Maria Faranturi hat für dieses Konzert Lieder nach Texten von Nazim Hikmet in ihr Repertoire aufgenommen. Das Konzert steht im Zeichen der Solidarität mit den streikenden türkischen Metallarbeitern.
In der "Neuen Welt", Hasenheide
U-Bahn Hermannplatz, Bus 19
Einheitspreis 7,50 DM

Eine Veranstaltungsreihe des TÜRKISCHEN AKADEMIKER- UND KÜNSTLERVEREINS e.V., Hedemannstr. 11, 1000 Berlin 61
unterstützt vom Kunstamt Kreuzberg, befürwortet vom Senator für kulturelle Angelegenheiten und mit finanzieller Hilfe der Deutschen Klassenlotterie, Berlin.

Deutsche Volkszeitung, 6.10.1977

PRESSESPIEGEL

Unser Porträt



Haydar Dikme

Als auf dem Türkischen Arbeiterkongreß im Februar dieses Jahres in Düsseldorf die FIDEF, die Föderation türkischer Arbeitervereine in der BRD, gegründet wurde, konnten die bürgerlichen Parteien, ihre Organisationen und Medien, ja sogar der DGB nicht schnell genug das Gerücht in die Welt setzen, der Verband sei kommunistisch unterwandert. Diese Methode ist bekannt, sie bedarf keines weiteren Kommentars. Ein Verband, dem über 65 lokale Arbeitervereine angehören und der die größte Organisation der 1 Million Türken, ja der vier Millionen ausländischer Arbeiter in der Bundesrepublik überhaupt, darstellt, soll mundtot gemacht werden. Zur vielfachen Behinderung — etwa daß bundesdeutsche Behörden die FIDEF als politische Organisation auslegen wollen, wodurch ihre Mitglieder einer Registrierungspflicht unterliegen würden — tritt nun eine persönliche Diskriminierung, die für den Generalsekretär der FIDEF, Haydar Dikme, einem Berufsverbot gleichkommt. Er soll nicht mehr Deutschlehrer für türkische Kinder und Jugendliche sein dürfen.

Haydar Dikme wurde im September 1949 als Sohn einer armen kurdischen Bauernfamilie in der Osttürkei geboren; ein Jahr später muß die Mutter zum Unterhalt der Familie als Arbeiterin in die Industrie, die Familie wird auseinandergerissen.

Unter großen Opfern wurde dem Jungen der Besuch weiterbildender Schulen ermöglicht; er selbst hat an den schulfreien Nachmittagen gearbeitet. Haydar Dikme erzählt: „Seit meinem 8. Lebensjahr habe ich in den verschiedensten Geschäften in Istanbul gearbeitet — bei einem Gemüsehändler, dann bei einem Schuhmacher in dem reichen Stadtviertel Moda; mehrere Jahre habe ich auf den Fähren, die am Bosporos verkehren, Sandwichs, Schokolade und Luftballons verkauft. Später, als ich nach der Mittelschule 1963 das Gymnasium besuchte, habe ich Klassenkameraden reicher Familien Nachhilfestunden in Mathematik, Physik, Chemie und Geschichte gegeben."

Zu dieser Zeit spätestens wird für den Jugen offensichtlich, in welcher Lage sich die türkischen Arbeiterfamilien befinden: „Der krasse Unterschied zwischen Reichtum und Elend wurde für mich früh ganz offensichtlich; es reichte mir schon, wenn ich von den Nachhilfestunden in den vornehmen Wohngegenden spät abends in unser zusammengezimmertes Haus ins Slumviertel zurückkehrte. Der Unterschied war genauso spürbar zwischen Istanbul und der Osttürkei, wenn ich im Sommer meinen Vater in Kurdistan besuchte.

Dazu mußten wir die Brutalität der Polizei kennenlernen, die eines Tages im Slumviertel begannen, die Häuser einzureißen, unseres auch."

Nach bestandenem Abitur und einer Begabtensonderprüfung wird Haydar Dikme von der staatlichen Industriegesellschaft MKE zum Studium von „Bergbau- und Hüttenwesen" in die Bundesrepublik geschickt, wo er nach drei Sprachkursen im Goethe-Institut im Wintersemester 1968/69 das Studium an der Technischen Universität Berlin aufnimmt. Bei seiner Arbeit im türkischen Studentenverband in Berlin setzt er sich vor allem für gemeinsames Handeln von Studenten und Arbeiterschaft ein. Der Arbeiterbewegung widmet er dann nach dem Militärputsch des Jahres 1971 in der Türkei fast ausschließlich seine Arbeit; er besteht nach vier Semestern das Vordiplom.

In Ankara hat man auch ein waches Auge auf die politischen Aktivitäten der Landsleute im Ausland. Dikme und einer Reihe seiner Kollegen wird Stipendium und Paß entzogen; er muß aus finanziellen Gründen das Studium abbrechen.

1973 erhält Haydar Dikme von den bundesdeutschen Behörden einen Fremdenpaß. Der Versuch, ein Jahr später an der Ruhr-Universität Bochum ein Orientalistik-Studium aufzunehmen, scheitert erneut an den materiellen Bedingungen, ein Stipendium wird ihm verweigert.

Er gibt nun Deutschkurse für ausländische Arbeiter an den Volkshochschulen Essen und Gelsenkirchen und beim Jugendsozialwerk. Trotz der großen Amnestie im Jahre 1974 erhält Haydar Dikme keinen türkischen Paß, so daß er in der Bundesrepublik Asyl beantragt und im Jahr 1976 zugesprochen bekommt.

Inzwischen hat er seine Prüfung als staatlich anerkannter Dolmetscher und Übersetzer abgelegt und wird als solcher auch vom Oberlandesgericht Hamm ermächtigt.

Haydar Dikme, der die ganzen Jahre ununterbrochen in Arbeitervereinen tätig war und sich für die Interessen der ausländischen Kollegen eingesetzt hat, wird im Februar 1977 schließlich zum Generalsekretär der FIDEF gewählt.

Gerade dieses Engagement jedoch gibt nun Anlaß zu Zweifeln an seiner Befähigung als Deutschlehrer im Rahmen von „berufsbildenden Maßnahmen für arbeitslose ausländische Jugendliche". Dies sagt die Arbeiterwohlfahrt. In einem Brief an Haydar Dikme vom 12. September dieses Jahres heißt es: „Nach Rücksprache mit Herrn de Haan, Leiter der Abteilung für Ausländerfragen bei der Arbeiterwohlfahrt, teilte Herr de Haan uns mit, daß Ihre Anstellung nicht möglich sei.

Hierfür nannte er zwei Gründe:

1. Ihre Arbeit als Generalsekretär der FIDEF lasse eine zeitliche Belastung — wie sie unser Projekt darstellt — nicht zu.
2. Ihre Mitgliedschaft bei der FIDEF wäre nicht vereinbar mit einer Tätigkeit bei der Arbeiterwohlfahrt, bzw. kein Mitglied der FIDEF wird von der AWO angestellt."

So lautet der Bescheid der Arbeiterwohlfahrt an einen Mann, der sein ganzes Leben für das Wohl der Arbeiter tätig war und ist.

S. P.

Filder Zeitung, Stuttgart, 22.10.1977

IHK zum Problem der Arbeitslosigkeit:

„Rückkehr von Ausländern in ihre Heimat bedeutet keine Lösung"

Viele Betriebe seien weiterhin auf Gastarbeiter angewiesen

Gegen die Auffassung, daß sich Probleme der Arbeitslosigkeit durch die Rückkehr von Ausländern in ihre Heimat lösen lassen, hat sich die Industrie- und Handelskammer Mittlerer Neckar ausgesprochen. Es sei allerdings, besonders in den Kerngebieten wirtschaftlicher Verdichtung, vielfach überhaupt nicht möglich, geeignete deutsche Arbeitskräfte zu bekommen.

„Die Rückkehr von Ausländern bringe zunächst einmal keinen Schritt weiter. Im Gegenteil: Viel Betriebe müßten dann wohl ihre Tore schließen oder die Produktion ins Ausland verlagern, so daß die bei ihnen beschäftigten Deutschen auch noch freigesetzt würden. Lederindustrie und Gießereien, viele Hotels und Gaststätten, nicht zuletzt auch manche Betriebe der Bauindustrie sind dringend auf Gastarbeiter angewiesen." Nachdrücklich fordert die Kammer, künftig branchenspezifische Ausnahmen vom allgemeinen Anwerbestopp zuzulassen.

In Baden-Württemberg gibt es nach Angaben der IHK Industriezweige, die bis zu einem Viertel, einzelne Firmen, die bis zur Hälfte ihrer Belegschaft Ausländer beschäftigen. Zwar sei es eine „lohnende erzieherische, notfalls mit Gesetzgebung zu unterstützende Aufgabe, deutsche Arbeitskräfte wieder zu Tätigkeiten hinzuführen, die sie — aus welchen Gründen auch immer— heute für sich weitgehend ablehnen", doch könne es sich dabei wohl nur um einen langwierigen Prozeß handeln, der die Wirtschaft nicht aus ihren akuten Schwierigkeiten herausbringe.

Auch unter Hinweis auf den langfristigen strukturellen Arbeitskräftemangel warnt die Kammer davor, eine „Gastarbeiter-geh-heim-Stimmung" aufkommen zu lassen, deren Auswirkungen die Bundesrepublik spätestens in acht oder zehn Jahren in voller Schärfe zu spüren bekommen könnte. „Allen, die bei uns arbeiten, sollten wir im Gegenteil das Gefühl vermitteln, daß sie uns willkommen sind, ganz gleich, ob sie später in ihre Heimat zurückkehren oder hierzulande auf Dauer seßhaft werden wollen."

WAZ Recklinghausen, 26.10.1977

Betreuung türkischer Familien liegt brach:

Rasch einen Weg aus der Isolation finden

Arbeitskreis an „Verursacherprinzip" erinnert

(hol) Buchstäblich auf den Nägeln brennt den Verantwortlichen im Kreis Recklinghausen die Sozialbetreuung der türkischen Arbeitnehmer und ihrer Familien. Dies angesichts der Tatsache, daß ein türkischer Betreuer sich um ein Heer von weit über 11 000 Landsleuten kümmern muß. Die Arbeiterwohlfahrt, die bundesweit diese Aufgabe übernommen hat, sieht sich in Recklinghausen aufgrund finanzieller Probleme im Personalbereich in Recklinghausen nicht in der Lage sie zu bewältigen. Ergebnis der Sitzung des Arbeitskreises für ausländische Arbeitnehmer: neue Initiativen und Ideen müssen her.

KREIS RECKLINGHAUSEN. Viel ist getan worden in den vergangenen Jahren für den einzelnen ausländischen Arbeitnehmer am Arbeitsplatz. Die Mietglieder des Arbeitskreises unter Vorsitz des Recklinghäuser Stadtdirektors Albert Jaeger gaben dies unumwunden zu.

In der Betreuung der türkischen Familien und hier besonders in der sozialen Betreuung der türkischen Frauen und Mütter, die unter großen Anpassungsschwierigkeiten in einem für sie völlig fremden Land leiden, ist bisher so gut wie nichts geschehen. Der bei der Awo angesiedelte türkische Betreuer kann sich glücklich schätzen, wenn er die Flut von Terminen täglich bewältigt.

Für Hausbesuche, Familiengespräche und vieles mehr bleibt keine Zeit. Resultat: Eine sehr große Gruppe von Einwohnern des Kreises wird in die Isolation gedrängt.

Klasse für die Griechen

Stadtrechtsrat Holl, 2. Vorsitzender des Arbeitskreises und Vertreter der Verwaltungen des Kreises Recklinghausen plädiert für das „Verursacherprinzip". Wer sich Bürger eines fremden Landes mit all ihren typischen Eigenarten ins Land holt, trage auch die Verantwortung für sie. Gespräche mit dem Hauptarbeitnehmer der Türken, dem Bergbau sollen ein verstärktes Engagement des Bergbaus auch in der Betreuung der Familien erreichen.

Und sei es mit Personal oder finanziellen Mitteln. Ein weiterer Punkt der Arbeitskreissitzung behandelte ein Problem, das die griechischen Arbeitnehmer in Recklinghausen betrifft.

Georgeus Markakides unterbreitete dem Arbeitskreis stellvertretend für andere griechische Eltern den Wunsch, eine griechische Klasse in Recklinghausen für die rund 55 schulpflichtigen Kinder einzurichten.

In nicht mehr als fünf Wochenstunden sollen diese Kinder ihre Heimatsprache wieder erlernen, beziehungsweise nicht verlernen.

Die Kinder sind bisher in Herten nachmittags unterrichtet worden und haben lange Schulwege in Kauf nehmen müssen.

Deutsche Volkszeitung, 6.10.1977

„Verödete Paläste" im Alten Land

3000 illegale türkische Arbeiter leben unter menschenunwürdigen Bedingungen

Entlang der Elbe, zwischen Buxtehude und Stade, zieht sich ein idyllischer Landstrich, der den Namen „Altes Land" trägt. Um ehrlich zu sein: die Idylle der von Obstbau und Landwirtschaft geprägten Gegend wird heute schon zurückgedrängt durch die von Hamburg her sich ausweitende Industrie. Doch auch anderes will nicht so recht in das Bild der freundlichen Landschaft passen. Die heile Welt ist auch hier nicht heil, schaut man nicht nur auf die propperen Häuser, sondern tut einen Blick in die Schweineställe; denn dort und in ähnlichen Unterkünften leben im Alten Land 3000 illegale türkische Arbeiter, die von April bis Oktober in den Obstgärten Frondienste tun.

Wie anders könnte man es sonst nennen, wenn die Türken für einen Stundenlohn von 2,50 DM bis maximal 4,— DM vom frühen Morgen bis zum Abend Äpfel pflücken, ohne jegliche soziale Absicherung und ständig auf der Flucht vor der Polizei?

Vor einigen Jahren, so erzählt man, sei ein Türke aus Kurdistan, einem der ärmsten Gebiete der Türkei, zur Arbeit ins Alte Land gekommen. Da für die körperlich schwere und schlechtbezahlte Arbeit in den Obstgärten kaum Kräfte zu bekommen waren, hat man ihn animiert, im Jahr darauf Freunde und Bekannte zur illegalen Arbeit mitzubringen. Inzwischen sind es 3000 aus der kurdischen Kleinstadt Elazig und dem Nachbarort Bingöl, die im Frühjahr von einem Elend ins andere wandern.

Einer der Arbeiter sagt: „Selbst in der Osttürkei leben wir besser als hier." Doch angesichts der großen Arbeitslosigkeit in der Türkei nehmen sie die schweren Bedingungen auf sich, um wenigstens etwas Geld zu verdienen.

Muammer Bilge vom Türkischen Arbeiterverein Hamburg suchte seine Landsleute im Alten Land auf, um etwas über die dortigen Zustände in Erfahrung zu bringen. Er findet sie in Heuschobern, Schweineställen und Holzbaracken. Er berichtet: „Ich kam in einen Schweinestall. Durch einige Bretter von den Schweinen abgetrennt, hatte man einen Raum für meine illegalen Brüder geschaffen. Sie waren schüchtern und ängstlich und durch die Umstände auch armselig und heruntergekommen. Sie hatten eine kleine Ecke, wo für sechs Mann drei Betten standen, wo sie kochen, schlafen und sich waschen mußten. Einer hat mir erzählt, der Deutsche wollte ihn sogar den Schweinestall putzen lassen. Da er aber gläubiger Moslem ist, wäre das für ihn eine Sünde gewesen, und er hat sich geweigert. Da hat ihn der Bauer zwei Tage lang nicht im Garten arbeiten lassen."

Andere erzählen, daß sie aus Angst vor der Polizei nicht aus dem Haus gehen. Einer hat Zahnweh, doch wenn er zum Arzt ginge, würde bekannt, daß er illegal hier ist.

Von Zeit zu Zeit kommt die Polizei in die Obstplantagen und macht Jagd auf die Türken. Einmal wurde einer in die Ferse geschossen, einem anderen wurde so der Arm umgedreht, daß er an sechs Stellen genäht werden mußte. Bei solch einer Razzia werden dann meistens 10 bis 15 Türken festgenommen und in die Heimat abgeschoben.

Die Türken haben vor jeder Sirene Angst. Einer berichtet: „Einmal habe ich die Alarmsirene gehört, und um die anderen, die noch im Haus waren, zu retten, habe ich mich ganz offen auf die Straße gestellt. Aber es war nur ein Rettungswagen."

Ihre einzige Chance, auf offenem Feld dem Zugriff der Polizei zu entgehen, so berichten die Arbeiter, sei der Sprung in die schulterhohen Bewässerungskanäle, wohin ihnen die Polizisten nicht folgen. Ein alter Türke: „Jeden Augenblick leben wir in der Angst vor der Polizei. Neulich waren sie auch wieder hier, und da mußte ich in meinem Alter barfuß weglaufen."

Die Obstbauern profitieren von dieser Angst, indem sie den Türken eben solche menschenunwürdigen Unterkünfte zuteilen. „Verödete Paläste" nennen die Türken ihre Baracken, ein Ausdruck, in dem sowohl Resignation wie Zorn zu spüren ist.

Die Angst wird auch in anderer Beziehung ausgenützt. Mehmet aus Elazig erzählt: „Die Deutschen" — dieser Begriff ist verständlicherweise zum Synonym für den illegalen Arbeitgeber geworden — „wollen nicht, daß wir Türken hier untereinander Kontakte knüpfen, sie wollen nicht, daß wir uns gegenseitig helfen."

Muamer Bilge hat das persönlich erlebt. Als er aus einem „verödeten Palast" kommt, spricht ihn der Bauer an, was er da gewollt habe. Auf die Antwort, er habe seine Freunde besucht, schimpft der Bauer: „Dies ist doch kein Gasthaus."

Die etwa 500 Obstgärtenbesitzer aus dem Alten Land wissen, was sie an den Türken haben. Bis Ende September werden 20 000 Tonnen Äpfel gepflückt, sonst bedeutet das einen Verlust von 80 Millionen Mark. Auch die Honorationen der Orte und Städte haben ihre Obstgärten, so daß trotz verschiedener Presseberichte bisher nichts geschieht. Die Polizei verfolgt zwar die illegalen Türken, gegen die Angriffe auf ihre Menschenwürde wird kein Finger gerührt.

Versucht man, Zuständige zu erreichen, so wird man von einen an den anderen verwiesen. Herr Plat vom Arbeitsamt Stade sagt, dafür sei die Kriminalpolizei zuständig. Der Bürgermeister verweist auf die Kreisverwaltung. Herr Eidtner von der Ratsfraktion der SPD weiß zwar aus Zeitungsberichten über die Angelegenheit Bescheid, dies sei jedoch nicht die Sache des Stadtrats.

Herr Schomaker schließlich, der stellvertretende Leiter des Ordnungsamtes Stade, läßt zumindest mit sich über die Sache reden. Wenn einer als Tourist einreist, dann hier aber ohne Genehmigung arbeitet, so sagt er, „dann müssen wir uns von ihm trennen". Das ist richtig, das entspricht dem Gesetz. Auf die Frage jedoch, ob dies rechtfertige, daß die Türken so menschenunwürdig untergebracht und ausgebeutet werden, meint Herr Schomaker, die Türken wüßten doch, daß sie illegal hier sind und müßten die Lasten der Illegalität auf sich nehmen. Sie könnten ja auch Strafanzeige erstatten. Auf den Einwand, daß sie damit sich doch selbst als illegale Arbeiter denunzierten, meint Herr Schomaker ungerührt: „Und wenn sie unzufrieden sind, bleibt es ihnen ja auch unbenommen, in die Türkei zurückzureisen."

Vielleicht ist jenen, die so argumentieren, nicht bewußt, gegen welches Elend die türkischen Arbeiter mit den minimalen Stundenlöhnen der Obstbauern anzukämpfen versuchen. Vielleicht ist ihnen nicht klar, eine wie große Familie davon abhängt, daß ein türkischer Arbeiter dieses neue Elend im Alten Land auf sich nimmt.

Der Menschenwürde und dem Menschenrecht entsprechen solche Zustände allemal nicht. Eine kleine Episode, um zu zeigen, daß gerade jene türkischen Arbeiter noch mehr Empfinden für Menschenwürde haben als die Obstbauern, die sie beschäftigen und die Behörden, die stillhalten: Einmal kam eine Gruppe von Reportern ins Alte Land, deutsche Journalisten, um die „Verödeten Paläste" zu fotografieren. Die Arbeiter erzählen: „Wir haben das nicht zugelassen. Wir wollten nicht, daß Fremde unsere Lage auf einem Bild festhalten."

SYLVIA PUKALLUS

Wedding: Mietwucher in Ausländerwohnheim

Stadtteilzeitung informiert über trauriges Negativbeispiel

Die Wahrheit, 10.10.1977

Ein trauriges Negativbeispiel, wie man Ausländer bei uns behandelt, bietet das Wohnheim für türkische Arbeiter in der Weddinger Antonstraße 27–29. Erst 1971 wurde das Haus gebaut. Doch seitdem wurde dort anscheinend nichts mehr getan. Nur die Miete wird fleißig weiter kassiert, natürlich dementsprechend hoch. Über diesen neuen Fall von Mietwucher berichtet die „Weddinger Neue Zeitung" in ihrer Oktober-Nummer.

In dem Artikel heißt es: Schon das Treppenhaus deutet auf die „Verkommenheit" hin. Am Hauseingang sind zwar Klingeln angebracht, doch funktionieren tun nur wenige. Das Treppenhaus ist teilweise dunkel, weil Teile der Beleuchtung ausfallen. Der Fahrstuhl ist bereits seit zwei Jahren außer Betrieb. Statt Briefkästen hängt ein offener Holzkasten an der Wand, der in zirka 40 kleine Fächer unterteilt ist.

Wenn der Mieter über einem duscht, kann man ein Stockwerk tiefer baden. So ungefähr schilderte es uns ein Mieter, der öfter eine Wasserlache in der Küche stehen hat. Alle Wohnungen zumindest sind feucht, weil die Böden unter Dusch- und Baderäumen undicht sind. Häufig bröselt die Farbe von der Decke, manchmal sogar der Putz von der Wand. Aber nicht nur die Böden sind undicht, die Wasserrohre selbst haben Lecks, aus denen es nur so tropft. Die feuchtwarme Luft bekommt man nicht aus den Baderäumen. Die elektrische Lüftung funktioniert nicht, und Fenster gibt es in den meisten Baderäumen auch keine.

Die Wohnungen sind „möbliert" vermietet worden. Mietverträge jedoch gibt es nicht. Wie die „Möblierung" aussieht, zeigte uns ein Bewohner. Er fand in seiner Wohnung einen Küchentisch und zwei Holzstühle vor. Mit viel Mühe und Kosten richteten sich die Gastarbeiter daraufhin selbst ein.

Ein Mieter machte uns seine monatliche Mietrechnung auf. Er lebt mit seiner Frau und zwei Kindern in einer Zweizimmerwohnung (ca. 50 qm). Für die Wohnung selbst zahlt er über 400 DM. Dazu verlangt der Vermieter einen Kinderzuschlag von 20 DM pro Kind. Das sind weitere 40 DM. Für Strom zahlt er noch 60 DM. (Dieser Preis wird anscheinend willkürlich festgesetzt, denn in den Wohnungen gibt es keine Stromzähler.) Insgesamt zahlt der Mieter über 500 DM, fast zehn DM pro Quadratmeter. Dafür bekommt man eine fast doppelt so große Neubauwohnung ohne derartige Schäden.

Aufgrund dieser Mißstände wandten sich die Gastarbeiter an die Bürgerberatung in der Antonstraße. Gemeinsam holte man einen Sachbearbeiter des Bauaufsichtsamtes ins Haus. Dieser jedoch zeigte sich nicht bereit, alle ihm angezeigten Schäden zu notieren. Vielmehr schien er sich schnell auf die Seite der Hausverwaltung zu schlagen. Auf einen ihm gezeigten Wasserfleck bemerkte er nur, es wären halt zu viele Leute im Raum. Nicht einmal seinen Namen wollte er nennen.

Die Mieter wollen noch einmal einen Versuch beim Bauaufsichtsamt starten. Wenn dies wieder scheitert, müssen weitere Schritte überlegt werden.

Türkische Arbeiterinnen stark beunruhigt über Arbeit mit radioaktivem Material

Siemens dementiert – aber die Sorgen der Kolleginnen bleiben

Die Wahrheit, 7.10.1977, 1. Teil

In der Abteilung Ableiterfertigung des Siemens-Röhrenwerkes, in der mit radioaktivem Material gearbeitet wird, grassiert seit Monaten eine erhebliche Unruhe unter den dort Beschäftigten. Dafür gibt es triftige Gründe. Die Kolleginnen, meist türkische Arbeiterinnen, fragen sich zunehmend, ob sie nicht einer dauernden Gefährdung ihrer Gesundheit ausgesetzt werden. Es hat deswegen schon eine Reihe von Protesten gegeben.

Nachdem einiges von den Zuständen in dieser Abteilung in der Öffentlichkeit bekannt wurde — u. a. beschäftigte sich auch die türkische Presse damit —, hat die Siemens-Werkleitung am 9. September gegenüber dem „Spandauer Volksblatt" auf dessen Anfrage ein Dementi abgegeben. Sie erklärte, es gäbe angesichts der getroffenen Schutzmaßnahmen überhaupt keinen Grund zur Beunruhigung unter den Beschäftigten. Die Behauptungen der Beschäftigten seien „völlig aus der Luft gegriffen".

Ist aber damit die Sache aus der Welt — sind deshalb die Sorgen der Beschäftigten geringer geworden? Wir haben uns mit den Betroffenen unterhalten. Dabei wurde klar, daß es viele Dinge gibt, die einer völligen Klärung und auch Abänderung bedürfen. Eine umfassende Aufklärung ist genauso vonnöten, wie auch eine gründliche Korrektur der Arbeits- und Hygieneverhältnisse.

Offensichtlich sind für diese Produktion ganz geziełt in der Hauptsache türkische Arbeiterinnen eingesetzt worden, von denen nicht allzuviel Komplikationen zu erwarten waren. Wenn man sich heute mit diesen Frauen unterhält, dann handelt es sich in der Tat um Menschen, die auf Grund ihrer mangelnden Bildung, die sie in der Türkei erhielten, zunächst tatsächlich keine Fragen stellten. Ihnen war weder der Begriff „radioaktives Material" geläufig, noch hatten sie eine Ahnung davon, mit welchen verheerenden Folgen sie bei einem ungenügenden Schutz für ihre Gesundheit zu rechnen hatten.

Bei Siemens war man, was historisch durch den Einsatz von KZ-Sklaven während des zweiten Weltkrieges zehntausendfach belegt ist, selten zimperlich und voller Skrupel, wenn es um den Profit geht. Allein das wäre Grund genug, das Dementi mit Skepsis aufzunehmen. Es sind aber die türkischen Arbeiterinnen selbst, die sich nach wie vor verunsichert und gefährdet sehen. Inzwischen haben sie nämlich gelernt, was „radioaktiv" bedeutet. Außerdem haben sie Augen im Kopf, um zu sehen und zu begreifen, was um sie herum geschieht. Da gibt es z. B. ein Siebenmonatskind. Mit Gehirnkrebs und tot wurde es von einer Kollegin geboren. Ein anderes kam ebenfalls nach sieben Monaten mit schweren körperlichen Schäden zur Welt. Da gibt es auch eine Kollegin, die wegen ihres schlechten Blutbildes in ein Krankenhaus eingewiesen werden mußte. Auch sie erlitt eine Fehlgeburt. Sind das alles nur Zufälle — das Zusammentreffen unglücklicher Umstände? Ein bißchen zu viel, um wahrscheinlich zu sein, meinen die Arbeiterinnen.

Die ausländischen Kolleginnen befinden sich, wie uns auch die Gespräche mit ihnen deutlich vor Augen führten, in einer ausgesprochenen Zwangslage. Sie fühlen, daß ihre Arbeit voller Gefahren ist, gleichzeitig wissen sie aber auch, daß eine freiwillige Aufgabe dieser Arbeit gleichbedeutend mit dem Verlust ihrer materiellen Existenzgrundlage ist. Es ist ja bekannt, daß die ausländischen Kollegen auf geradezu skandalöse Weise diskriminiert werden. Das beginnt mit der diskriminierenden Behandlung im Betrieb, mit der skrupellosen Ausnutzung ihrer Unwissenheit und Unerfahrenheit. Das setzt sich fort in besonders ausbeuterischem Mietwucher, in der Verweigerung von elementaren Rechten und reicht hin bis zu dem menschenunwürdigen „Abschiebungsmechanismus".

Gerade die Behandlung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien ist ein drastischer Beweis dafür, wie wenig die Verantwortlichen in dieser Stadt bereit sind, die in der Schlußakte von Helsinki enthaltenen Grundsätze zu respektieren, wonach allen Wanderarbeitern die gleichen Möglichkeiten eingeräumt werden müssen wie den Bürgern im Gastland.

Weil das so ist, kann man sich mit dem kurzen Dementi der Siemens-Geschäftsleitung allein nicht zufriedengeben. Es reicht bei weitem nicht aus, um die unmittelbar Betroffenen zu beruhigen und ihre berechtigten Ängste auszuräumen. Wie diese Sorgen sich ausnehmen und von welchen Verhältnissen die türkischen Arbeiterinnen bei Siemens umgeben sind, darüber werden wir nach ihren eigenen Darstellungen in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung berichten. E. S.

(Wird fortgesetzt)

Türkische Arbeiterinnen stark beunruhigt über Arbeit mit radioaktivem Material

Eine umfassende Untersuchung ist dringend erforderlich

(II und Schluß)

In der vorigen Ausgabe unserer Zeitung berichteten wir über die Sorgen und Probleme türkischer Arbeiterinnen, die im Siemens-Röhrenwerk in Spandau mit radioaktivem Material arbeiten. Zahlreiche Proteste, die sich gegen die Verhältnisse richten, unter denen die Kolleginnen zu arbeiten gezwungen sind, veranlaßten die Siemens-Geschäftsleitung zu einem Dementi gegenüber einer Westberliner Zeitung. Von den betroffenen Arbeiterinnen wird dagegengehalten, daß sie dadurch keineswegs beruhigt sind oder sich nun sicherer fühlen. Im Gegenteil: Sie haben den Eindruck gewonnen, daß der Siemens-Konzern mit diesem Dementi lediglich die Öffentlichkeit beruhigen und im Werk mehr oder weniger alles unverändert lassen will.

Die Wahrheit

Heute wollen wir die Arbeiterinnen selbst zu Wort kommen lassen.

Wir haben sie zunächst gefragt, mit welchem Material sie umgehen? Es ist „Promethium 147", ein Isotop, daß in flüssiger oder pulverisierter Form verarbeitet wird.

Welche Schutzmaßnahmen sind ergriffen worden?

Es gibt Schutzkittel und Hauben. Sie werden auch täglich gewechselt und gewaschen. Auch eine besondere Seife „Trilon B" wird ausgegeben, mit der sich die Arbeiterinnen nach Verrichtung ihrer Tätigkeit waschen sollen. Zeiten für den Reinigungsprozeß sind vorgeschrieben. Aber Möglichkeiten, sich gründlich zu duschen, haben sie nicht. Überprüfungen der gewaschenen Kittel ergaben ebenfalls, daß auch sie noch eine hohe Strahlendosis aufwiesen. Dieser „Schutz" sieht fatal nach Schönheitspflästerchen aus.

Wir fragten weiter: „Wie ist es um die gesundheitliche Überwachung bestellt — wird eine regelmäßige ärztliche Kontrolle vorgenommen und das Resultat bekanntgegeben?"

Die Kolleginnen erwiderten: „Alle sechs Monate geht man zum Siemens-Betriebsarzt, und es wird eine Untersuchung vorgenommen. Mancher Kollegin wird dann gesagt, sie habe ‚schlechtes Blut'. Einen offiziellen und ausführlichen Bericht erhalten wir selbst nicht, der geht direkt an den Arbeitgeber. Man erfährt nichts über den eigenen Gesundheitszustand. Allerdings merkt man dann doch etwas. Nach einiger Zeit werden diejenigen mit dem ‚schlechtem Blut' in eine andere Abteilung versetzt."

Im weiterem Verlauf des Gespräches berichteten dann die jungen Türkinnen, daß die „Umgesetzten" sehr oft nach kurzer Zeit den Betrieb verlassen müssen. Die bei Siemens seit Jahren anhaltende Welle der Arbeitsplatzvernichtung bietet dazu Gelegenheit.

Drängt sich hier nicht förmlich der Verdacht auf, daß man solche Arbeiterinnen mit „schlechtem Blut" abschiebt, um nicht für mögliche gesundheitliche Folgeschäden aufkommen zu müssen? Erst kürzlich ist von den Gewerkschaften über Pläne berichtet worden, ältere Arbeiter im Umgang mit krebsförderndem Material einzusetzen. Die den Unternehmen nahestehenden Institutionen wiesen zynisch nach, mit einer Entwicklung von Krebs sei so langfristig zu rechnen, daß er erst nach dem Ausscheiden der älteren Arbeiter aus dem Produktionsprozeß zum Ausbruch käme. Auch das würde inzwischen wortreich dementiert.

Bei jungen Türkinnen sieht die Sache noch viel günstiger für die Unternehmer aus, da die Frauen meist befristete Arbeitsverträge haben und in der Regel schon nach einer relativ kurzen Zeit in ihr Heimatland zurückkehren. Die schädlichen Folgen treten aber tatsächlich oft erst Jahre später auf.

Wir fragten weiter: „Wie ist es mit den Kolleginnen, die schwahger sind? Werden sie aus der Abteilung herausgenommen und einer besonderen ärztlichen Beobachtung unterzogen? "

Die Antwort darauf widerspiegelt den unerhörten psychischen Druck, der auf den dort Beschäftigten lastet: „Es gibt die Mitteilungspflicht bei der Schwangerschaft, und man wird auch in eine andere Abteilung versetzt. Die Lohnbedingungen sind dann meist schlechter. So gibt es Kolleginnen, die aus Angst die Schwangerschaft verheimlichen."

Es wurde weiter berichtet: Die Kollegin G. hat ein totes Kind geboren. Nach sieben Monaten. Es hatte Gehirnkrebs. Die Kollegin I. brachte auch nach sieben Monaten ein Kind zur Welt. Es lebt, hat aber ein Loch in der Leiste und ein schweres Herzleiden. Von weiteren Fehlgeburten war die Rede. Viele haben daraus — wie die Arbeiterinnen berichteten — den Schluß gezogen: „Es wird abgetrieben aus Angst davor, daß sich in unseren Körpern schon soviel giftige Stoffe angesammelt haben, daß wir mißgebildete Kinder bekommen."

Das ist eine furchtbare Anklage der Verhältnisse in diesem Werk. Möglich, daß die Verantwortlichen von den seelischen Nöten und inneren Konflikten, in denen sich die Türkinnen befinden, nichts wissen. Wann hätten sich die Kapitalisten und ihre Handlanger auch je um solche Fragen gekümmert? Dennoch gibt es natürlich gesetzliche Bestimmungen für die Arbeit mit radioaktivem Material. Die müssen den Beschäftigten bekanntgemacht werden. Vor einigen Monaten geschah das auch nach wiederholten Aufforderungen.

Die jungen Türkinnen schilderten, wie das vor sich ging: „Vor etwa zwei Monaten hat der Chef zwei Schichten zusammengerufen. Er legte ein Heft auf den Tisch und sagte uns, wir sollten es unterschreiben. Nachher werde er erklären, worum es geht. Wir haben gesagt: ‚Erstmal erklären, was das ist. Dann werden wir unterschreiben.' Er antwortete: ‚Ihr riskiert nichts, wenn Ihr das unterschreibt. Ihr arbeitet mit Promethium 147. Wir treffen alle Vorkehrungen, und es kann euch nichts passieren, wenn ihr alle Sicherheitsvorkehrungen beachtet. Ihr riskiert nichts, wenn ihr das unterschreibt.'



In vielen Betrieben unserer Stadt sind ausländische Kolleginnen beschäftigt. Häufig werden dabei Sprachunkenntnis und Angst um den Arbeitsplatz ausgenutzt, um ihnen zustehende Rechte zu verweigern

Wir haben ihm erwidert: ‚Wir wissen gar nicht, wie die Sicherheitsvorkehrungen aussehen.' Es waren ja alles türkische Kolleginnen, die anwesend waren. Außerdem war der Text nicht in unserer Sprache abgefaßt. Deshalb widersetzten wir uns. Einer der Vorarbeiter hielt während des Gespräches die Tür zu und verlangte unter Drohungen, daß wir unterschreiben müßten. Eingeschüchtert haben die meisten Kolleginnen dann unterschrieben. Nur wenige Kolleginnen blieben bei ihrer Verweigerung."

Den türkischen Kolleginnen ging es also vor allem darum, den genauen Inhalt der Bestimmungen in ihrer Sprache zu hören, zu lesen und zu verstehen. Das brachten sie immer wieder vor. Was man ihnen entgegenhielt, war die offene oder versteckte Drohung mit dem Verlust des Arbeitsplatzes, war eine sichtbare Demonstration des Herr-im-Hauses-Standpunktes der Unternehmer. (Inzwischen sind — wie wir erfuhren — auf Grund der Proteste die Schutzbestimmungen auch in türkischer Sprache ausgehängt worden.)

Andererseits brachten diese Diskussionen mit den Vertretern der Geschäftsleitung viele Dinge an den Tag, die die Besorgnis der Kolleginnen eher noch vergrößerten. So wurde, um die Arbeiterinnen über den derzeitigen Stand der Sicherheitsvorkehrungen zu beruhigen, eingeräumt, daß bis zum April dieses Jahres die Gefahr durch Radioaktivität viel höher als heute gewesen sei. Damit wird natürlich zugegeben, daß es Gefahren im Umgang mit Promethium 147 gibt. Und wenn man heute behauptet, sie seien geringer geworden, dann sagt das überhaupt nichts über die gegenwärtig mögliche Größe der Gefährdung aus.

Soviel ist klar: Das kürzlich erfolgte Dementi des Siemens-Konzerns gegenüber dem „Spandauer Volksblatt" hat die Probleme keineswegs beseitigt. Es ist möglich, daß die Gefährdung wirklich nicht so groß ist, wie die Kolleginnen in dieser Abteilung befürchten. Dann hätte doch die Konzernleitung erst recht allen Grund, die Karten auf den Tisch zu legen und zuzulassen, daß eine umfassende Untersuchung der Verhältnisse erfolgt, um auch das letzte Quentchen Unsicherheit auszuräumen. Nichts derartiges ist jedoch geschehen. Es ist auch nicht bekannt, ob sich z. B. die verantwortlichen Senatsabteilungen für Umwelt- und Gesundheitsschutz schon eingeschaltet haben, um eine Kontrolle durchzuführen. Schließlich sind hier nicht nur die Betroffenen gefährdet, latent sind es auch diejenigen, die in der Kantine oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln mit Arbeiterinnen aus dieser Abteilung in Berührung kommen. Genau das befürchten auch die türkischen Kolleginnen. Und das zeugt von ihrem Verantwortungsbewußtsein.

Im übrigen fordern sie:

- Umfassende Auflärung der Beschäftigten über die Produktion, die Materialien und die Sicherheitsvorschriften.
- Regelmäßige ärztliche Untersuchungen und genaue Bekanntgabe der Resultate an die betroffenen Kolleginnen.
- Kontrolle der Verhältnisse in der Abteilung durch das Gewerbeaufsichtsamt und die entsprechenden Senatsverwaltungen sowie eine Veröffentlichung des Untersuchungsergebnisses.
- Überprüfung der hygienischen Verhältnisse und Schaffung der Möglichkeit, daß die Kolleginnen aus der Abteilung duschen können.
- Herabsetzung des Akkords ohne Lohnverluste, um die Gefahren im Umgang mit Promethium 147 zu verringern, und die Zahlung von Gefahrenzulagen.
- Wir fordern darüber hinaus mit aller Entschiedenheit die Gewährleistung gleicher politischer und sozialer Rechte für unsere ausländischen Kollegen.

E. S.